

AG Weinheimer Initiative, **FAG Digitalisierung und Bildung:**
Ergebnisse aus dem Online-Meeting am 05.05.2020

Kollegialer Austausch „Herausforderungen und Erfahrungen aus der Coronakrise (1)“

*Teilnehmer*innen:* G. Kratz (Stadt Rodgau), D.-T. Chwalek (Stadt Kassel), R. von Gahlen (Region Hannover), M. Depenbrock (Stadt Dortmund), G. Buck (BAG Ev. Jugendsozialarbeit), R. Ledwig, S. Hilz u. M. Riesterer (LK Offenbach), S. Felger (Stadt Weinheim/Moderation)

Die Coronakrise war für die FAG doppelter Anlass, Neues auszuprobieren. Erstmals traf sie sich online zum Video-Meeting und für einen aktuellen kollegialen Erfahrungsaustausch. Beides wurde als sinnvoll und nützlich erlebt und soll fortgesetzt werden.

*Was beschäftigt, erleben und lernen Kolleg*innen in der Coronakrise?*

- Alle suchen bzw. experimentieren aktuell mit digitalen Arbeitsformaten/Tools für ihre eigene Arbeit. Der Fokus liegt aktuell auf Video-Meetings; gesucht werden Tools zur Projektsteuerung. Die Verständigung auf gemeinsame Tools in den Kooperations- oder Projektnetzwerken (u. Verwaltungen) ist aufwendig und läuft. Noch herrscht große Vielfalt, teils Unsicherheit. Große Herausforderungen sind: Suche nach DSGVO-konformen Lösungen, unzureichende Hardware- u. Software-Ausstattung in den Verwaltungen und bei Partnern. Gute Erfahrungen gibt es bei Online-Meetings mit *jitsi meet*, *cisco webex*, *gotomeeting* und für Projektmanagement mit *cryptpad.fr*. *Zoom* steht wg. nicht-europäischer Cloud-Server in der Kritik. Es wird erwartet, dass trotz dieser Herausforderungen, die überwiegend guten Erfahrungen mit digitalen Arbeitsweisen das Arbeiten in den Verwaltungen, den Netzwerken und Schulen über Corona hinaus verändern werden.
> *Fundierte Empfehlungen zu Tools und die Verständigung auf gemeinsame dig. Werkzeuge für die Arbeit der kommunalen Koordinierung sind dringend nötig – und bisher bestenfalls in Arbeit.*
- Für die operative pädag. (Beratungs-)Arbeit mit jungen Menschen ist aktuell die größte Herausforderung, auch in der Coronakrise eine gute, professionelle Beziehung zu den Jugendlichen zu erhalten. Dieses Kontakthalten ist absolut erfolgsentscheidend. Es gelingt dort ganz gut via digitaler Kommunikation und Telefon, wo es vorher guten Kontakt gab; Neukontakte sind schwieriger. Einrichtungen und pädag. Fachkräfte experimentieren aktuell viel und kreativ.
> *Nützlich wäre mehr kolleg. Austausch/Voneinander Lernen bzgl. datenschutzkonformer digitaler Tools und pädag. Konzepte für die Beratungsarbeit mit jungen Menschen. Besonders wichtig: Ansätze, die analoge und digitale Kommunikation und Arbeitsweisen fachlich klug verknüpfen.*
- In der Coronakrise werden die sehr ungleichen Bildungschancen und ihre Abhängigkeit von der sozialen Lage der jungen Menschen/Familien überdeutlich. Das ist nicht neu, wird aber durch homeschooling weiter verschärft. „Die nicht realisierte Bildungsgerechtigkeit knallt uns aktuell vor die Füße!“ Diese Einsicht darf uns gesellschaftlich nicht wieder verloren gehen, sondern muss handlungsleitend werden. Das ist eine essenzielle Lehre aus der Coronakrise.
> *Das Verringern der überdeutlich sichtbaren Bildungsungleichheit und -ungerechtigkeit muss für kommunales Handeln und lokale Verantwortungsgemeinschaften auch nach der Krise handlungsleitend sein. Wir brauchen neue staatl.-kommunale Pakte für Bildungsgerechtigkeit!*
- Kommunale Strategien hierfür müssen gleichzeitig auf mehreren Ebenen ansetzen und diese Hilfen verschränken. Besonders wichtig sind: Ausstattung bedürftiger Kinder/Jgl. mit dig. Hardware und Software inkl. Netzzugang („Komplettpakete“); IT-Ausstattung der Schulen, kommunale Lernplattformen, analog-digitale Unterrichtskonzepte; päd. Beratung, Lernbegleitung und IT-Lernunterstützung für die jungen Menschen, deren Familien das nicht leisten können (siehe z.B. *Berliner Programm „Die Lernbrücke“*, in *Koop. mit der DKJS*); analoge Lernräume für junge Menschen öffnen, die Zuhause keinen ruhigen Lernort haben (z.B. in Jugendzentren); Klärung praxistauglicher Handlungskonzepte/Tools, die mit der DSGVO konform sind; insgesamt und auf Dauer gestellt: „eine neue, andere Schule“!
> *Kommunen müssen mehrdimensionale Handlungsansätze entwickeln, die digitale und analoge*

*Hilfen verbinden. Es ist zu prüfen bzw. auszuhandeln wo Kommunen ihre Gestaltungsmöglichkeiten und Ressourcen am effektivsten einsetzen können und welche Partner*innen sie brauchen.*

- Die Jugendlichen/jungen Erwachsenen kommen mit dem homeschooling bzw. mit „alternativen Angebotsformaten“ (Alternativen zu z.B. geschloss. Jugendhilfe-Einrichtungen) sehr unterschiedlich zu Recht (ein großer Anteil besser als befürchtet, hört man aus bundesweiten Netzwerken). Beunruhigend ist aber, dass viele Jugendliche/ Familien von Lehrkräften oder pädagog. JH-Fachkräften kaum oder gar nicht digital oder telefonisch erreicht werden. Unklar ist, wie groß diese Gruppe ist. (S.a. auch *Lehrkräftebefragung des Dt. Schulportals* sowie *DIW: Bildungsökonomischer Aufruf*). – Im Krisenmodus nutzen die pädagog. Fachkräfte aktuell auch nicht zugelassene Social Media-Kanäle: „Kontakt halten geht manchmal vor Datenschutz“.
> *„Kontakt halten/im Gespräch“ sein ist die Basis jeder pädagogischen Arbeit. Dafür müssen fachlich kluge, DSGVO-konforme Konzepte erprobt werden, die praxistauglich sind! Datenschutz darf kein K.-o.-Argument sein. Expert*innen verschiedener Professionen müssen hier zusammenarbeiten, um brauchbare Lösungen zu finden.*
- Nicht zu unterschätzen ist, wie groß die Not eines Teils der Familien durch den lockdown des öffentlichen Lebens und der Hilfsstrukturen ist: In Großstädten werden teils auch Lebensmittelpakete ausgegeben. Auch der Kinder-/Jugendschutz ist wachsam.
> *Junge Menschen aus sozial benachteiligten Familien brauchen, um den Anschluss nicht zu verlieren, ganzseitige Hilfen, welche ggf. die Versorgung mit Lebensmitteln, Schutzräumen, ruhigen analogen Lernräumen, päd. Sozial-/Lernunterstützung und digitaler Grundausstattung einschließen.*
- Das Entwickeln von „Dritten Orten“ neben digitalem Arbeitsort und Privatraum, also niederschwellige, öffentliche Begegnungs- und Aufenthaltsorte, die digitale und analoge Angebote verschränken (z.B. Stadtbibliotheken) bleibt wichtig – auch wenn aktuell solche Initiativen coronabedingt auf Eis liegen.
> *„Dritte Orte“ wirken nicht nur gegen Vereinsamung in der digitalen Welt, sondern tragen auch zur Bildungsgerechtigkeit bei. Analoge u. digitale Angebote müssen auch hier verschränkt werden.*
- Die Finanzierung einer brauchbaren digitalen Ausstattung (und Fachkräftequalifizierung) ist nicht nur für Verwaltungen, Schulen etc., sondern auch für Bildungsträger eine enorme Herausforderung. Die Digitalpaktmittel der Bundesregierung greifen hier nicht. - Und dies alles in einer Situation, in der nicht wenige Bildungsträger/Projektpartner der Kommunen wg. Corona wirtschaftlich in ihrer Existenz bedroht sind.
> *Die wirtschaftlichen Corona-Folgen bedrohen wichtige Kooperationspartner, insbes. Bildungsträger und kleine (gemeinnütz.) Unternehmen. Das wird die Netzwerke der Kommunen verändern.*
- Die wirtschaftlichen Folgen der Krise für Unternehmen werden schnell auf deren Bereitschaft und Fähigkeit durchschlagen, sich bei Ausbildung und Beschäftigung zu engagieren. Bei einer aktuellen *ZDH-Umfrage* gibt ein Viertel der Handwerksbetriebe an, im nächsten Ausbildungsjahr weniger ausbilden zu wollen. Es wird erwartet, dass sich die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt sehr schnell grundlegend verändert. Das trifft v.a. Jugendliche, die es schon schwer hatten und drohen, „abgehängt“ zu werden. Sie kommen eher in kleinen KMUs, Dienstleistungs- und Handwerksbetrieben unter (s.a. DGB-Stellungnahme „Schutzschirm für Ausbildungsplätze“, 18.4.20).
> *Der Ausbildungsmarkt droht in kurzer Zeit „zu kippen“. Das verändert die Herausforderungen und Bedingungen komm. Koordinierung tiefgreifend. Besonders betroffen davon sind benachteiligte und/oder „abgehängte“ Jugendliche. Die soziale Spaltung wird sich vertiefen.*
- Die Wirtschaftskrise, Steuerausfälle und Mehrausgaben infolge Corona werden schnell auf die kommunalen Haushalte durchschlagen. Damit gerät kommunale Koordinierung, die noch immer als „freiwillige Leistung“ gilt, kommunalpolitisch und verwaltungsmäßig stark unter Druck.
> *Kommunale Koordinierung wird die Nützlichkeit und Notwendigkeit ihres Handelns verstärkt beweisen und kommunizieren müssen.*

Ergebnis-Zusammenfassung:

Dr. Susanne Felger, Stadt Weinheim, 06.05.2020, Kontakt: s.felger@weinheim.de